



SILVIA  
SCHENKER



## Das Parlament und die Ausländer

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren

Hinter mir liegt eine Nationalrats-Session, in der ich wenige Geschäfte zu vertreten hatte. Was sich aber bei allen Geschäften wie ein roter Faden durchzog: In allen Fragen, die Ausländerinnen und Ausländer betreffen, hat sich der Ton im Parlament deutlich verschärft.

Beginnen wir mit dem Bürgerrecht: Meine von Beginn an starke Skepsis gegenüber der Vorlage hat sich leider in allen Punkten bestätigt. Je länger desto mehr wird die Vorlage zu einer **Bürgerrechts-Verhinderungsvorlage**. Nachdem der Ständerat in der Herbstsession einige Verschlechterungen, die im Nationalrat eingefügt wurden, wieder rückgängig gemacht hatte, verlief die Debatte jetzt im Nationalrat wieder ganz anders.

Wie lange muss jemand in der Schweiz gelebt haben, bis er ein Gesuch um Einbürgerung stellen kann? Der Bundesrat entschied, dass in Zukunft die Niederlassungsbewilligung C vorhanden sein muss, damit jemand eingebürgert werden kann. Im Gegenzug wollte er die **Wohnsitzdauer** von 10 auf 8 Jahre verkürzen. Wie ich befürchtet hatte, folgten beide Räte zwar dem Bundesrat im ersten Punkt (Niederlassung C als Voraussetzung), hingegen wird es wohl kaum möglich sein, die 8 Jahre über die Runden zu retten.

Immerhin kam der Nationalrat dem Ständerat in der Frage der doppelten Anrechnung entgegen. Hinter dem Begriff «doppelte Anrechnung» steht eine **Erleichterung für junge Menschen**, die sich einbürgern lassen wollen. Bei ihnen werden heute die Jahre zwischen dem 10. und 20. Lebensjahr doppelt angerechnet, was eine schnellere Einbürgerung möglich macht. Der Nationalrat strich diese doppelte Anrechnung aus dem Gesetz. Der Ständerat hielt daran fest. Nun hat sich im Nationalrat eine Variante durchgesetzt, deren Auswirkungen noch unklar sind: Es sollen die Jahre zwischen dem 5. und 15. Lebensjahr doppelt gezählt werden.

Verhärtet sind die Fronten hingegen in der Frage, ob bei Personen mit dem Status einer vorläufigen Aufnahme diese Jahre bei einer Einbürgerung angerechnet werden. Der Nationalrat blieb hart und strich die Anrechnung aus dem Gesetz. Sollte das Gesetz in der aktuellen Fassung angenommen werden, wird eine Einbürgerung für **Personen mit einer vorläufigen Aufnahme** praktisch unmöglich. Zuerst müssen die Betroffenen eine Niederlassung C erhalten, was bereits ziemlich schwierig ist. Wenn sie dereinst die Niederlassungsbewilligung haben, müssen sie wieder 10 Jahre warten, bis sie überhaupt ein Gesuch um Einbürgerung stellen können.

Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass die Mehrheit des Parlaments die Hürde zur Erlangung eines Schweizer Passes deutlich erhöhen will. Einer solchen Vorlage kann ich nicht zustimmen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Fraktion die Vorlage ablehnt.

Etwas **mehr Erfolg** hatte ich bei zwei parlamentarischen Initiativen, die ich vertreten habe:

- Die SVP wollte, dass in Zukunft bei Ausschaffungen die Anwendung von Medikamenten möglich ist, damit die Ausschaffung einfacher wird. Ich habe mich in der Kommission gegen dieses Begehren gestellt und durfte das Geschäft im Plenum vertreten. Zum Glück folgte der Nationalrat dem Antrag der staatspolitischen Kommission und lehnte die parlamentarische Initiative ab.
- Ebenfalls gelang es, eine Initiative von Lukas Reimann zu verhindern: Er wollte, dass sich in Zukunft Sans-Papiers sowie Asylsuchende mit einem negativen oder einem Nichteintretens-Entscheid nicht mehr gegen Krankheit versichern können. Die Sozial- und Gesundheitskommission lehnte das Begehren knapp ab. Auch hier folgte das Plenum dem Entscheid der Kommission. Ich wies als Kommissionssprecherin darauf hin, dass dieser Vorstoss keine sinnvolle Lösung aufzeige.

Trotz dieser positiven Entscheide, was die beiden parlamentarischen Initiativen betrifft, stelle ich eine deutliche Verhärtung fest, wenn es um Geschäfte geht, welche Ausländerinnen und Ausländer betreffen. Dabei scheint es keine Rolle zu spielen, ob es um die Ausschaffungsinitiative oder um die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern geht, die hier bestens integriert sind. Es ist nicht einfach auszumachen, wo die Wurzel für diese Haltung der bürgerlichen Mehrheit im Parlament liegt. Eines ist jedoch klar: Es wird immer schwieriger, Verschärfungen beim Asyl-, Ausländer- und Bürgerrecht aufzuhalten. Ich werde mich dennoch mit aller Kraft dagegen wehren.

Zuerst aber stelle auch ich mich langsam auf die kommenden Festtage ein. Ich freue mich auf ein paar ruhige, besinnliche Tage.

Ihnen und Euch wünsche ich von Herzen eine lichtvolle Weihnachtszeit und einen wunderbaren Start ins Neue Jahr.

Herzliche Grüsse  
Silvia Schenker

<http://www.silviaschenker.ch>  
<https://www.facebook.com/silvia.schenker>